

WER PROFITIERT VON DER NEO-LIBERALEN WIRTSCHAFTSIDEOLOGIE?

1. Allokation, Disposition und Distribution	64
2. Die Quintessenz des Neoliberalismus	66
3. Die Gewinner	68

Auszug aus WISO 3/2003

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Weingartshofstraße 10

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@ak-ooe.at

Internet: www.isw-linz.at

Erwin Weissel

**Prof. i. R. für
Sozialpolitik an der
Universität Wien**

„Die ganz große Gemeinheit entsteht heutzutage nicht dadurch, dass man sie tut, sondern dadurch, dass man sie gewähren lässt. Sie wächst ins Leere.“

R. Musil, Der Mann ohne Eigenschaften

Jede menschliche Gemeinschaft muss, will sie nicht zum Untergang verdammt sein, die Kompatibilität der Zweckwidmungen ihrer verfügbaren Ressourcen gewährleisten. Sie muss dafür Institutionen – verstanden als langfristig stabile Normen wie auch als reale soziale Gebilde – schaffen und, da Zwecke auf verschiedene Weise erreicht werden können, sich auf Institutionen zur Schaffung von Institutionen einigen. All dem liegen Entscheidungen zugrunde und all das ermöglicht Entscheidungen, die letztlich kollektiv getroffen werden, auch wenn sie sich optisch wie individuelle Akte ausnehmen, scheinbar ohne Koordinierung oder/und Kooperation mit anderen (während doch Smiths „unsichtbare Hand“ am Werk ist).

1. Allokation, Disposition und Distribution

*jeder Bürger
agiert in drei
Positionen*

Was auch immer die Zweckwidmung sein mag, stets muss die jeweilige Ressource von Menschen eingesetzt werden, die jedoch selbst Ressource – sogar die wichtigste – sind, sodass jedes Gemeinschaftsmitglied, jeder Bürger in drei Positionen agiert:

- Er wirkt an den kollektiven Entscheidungen mit, welche Ressourcen für welche Zwecke eingesetzt werden sollen.
- Er übt die ihm übertragene oder zugestandene Verfügungsgewalt über Ressourcen aus.
- Er schaltet sich als Ressource in den gemeinschaftlichen Produktionsprozess ein.

Geht man nun davon aus, dass sich das Agieren am Eigeninteresse orientiert, dann lassen sich für jede der drei Positionen typische Strategien ableiten:

- Die Regeln der kollektiven Entscheidungsfindung sollen so gestaltet sein, dass der eigene Einfluss, das „Gewicht“ der eigenen Stimme groß und jenes konkurrierender Interessen gering ist, was bis zu deren völliger Ausschaltung reichen kann. Die Zweckwidmung der Ressourcen, die Allokation, soll eben so weit wie möglich dem eigenen Interesse entsprechen.
- Die Verfügungsgewalt über Ressourcen soll in dem Sinn „frei“ sein, als sie dem Berechtigten einen möglichst großen Spielraum für Definition und Interpretation des Zweckes zugesteht. Differenzierungen dieses Spielraumes nach eigenen und fremden Ressourcen, Arten von Ressourcen und verfolgten Zwecken dienen der Förderung des eigenen Interesses durch bevorzugte dispositive Befugnisse.
- Stellungen oder Funktionen im Produktionsprozess unterscheiden sich einerseits in den Anforderungen und andererseits in der extrinsischen und intrinsischen Belohnung. Der Zugang zu ihnen soll so geregelt sein, dass die eigene Chance groß ist, eine attraktive Stelle zu erreichen, und/oder jene konkurrierender Interessenten klein. Die Determinanten der Distribution sollen den eigenen Qualitäten entsprechen und/oder nicht jenen der Konkurrenten.

Diese Strategien sind hinsichtlich ihrer konkreten Ausgestaltung interdependent, müssen dies sein, wenn das Eigeninteresse optimal durchgesetzt werden soll: Wer interpretieren oder definieren kann, bevorzugt eine unscharf festgelegte Zweckwidmung (typisch die soziale Hilfe für diejenigen, die „wirklich bedürftig“ sind), und wer es nicht kann oder will, strebt nach einer rigiden Zweckwidmung (wer Arbeitslosengeld bezieht, muss jeden Job akzeptieren, auch die stupideste Dreckarbeit); wer bei der politischen Zweckwidmung über wenig Einfluss verfügt, wird nach Definitions- oder Interpretationsmacht streben (man denke nur an die Befugnisse des Managements) oder nach Zugangsbarrieren im Produktionsprozess, die den eigenen Fähigkeiten und/oder Möglichkeiten entgegenkommen (jeder hat Zugang zur Börse,

Strategien der Ausgestaltung sind interdependent

aber nicht jeder kann dort erfolgreich sein), oder nach einer „unpolitischen“ Zweckwidmung (die ihrerseits auf einer politischen Entscheidung beruht) – und so weiter.

2. Die Quintessenz des Neoliberalismus

*Verfechter des
Neoliberalismus
haben keine
Partei gegründet*

Die Verfechter des neoliberalen gesellschaftspolitischen Konzeptes haben keine politische Partei gegründet, noch viel weniger so etwas wie ein Parteiprogramm veröffentlicht. Was wir sehen, lesen oder hören, ist ein Sammelsurium von Abhandlungen, Konzepten, vorgeschlagenen oder praktizierten Maßnahmen, hinter dem einige wenige normative Vorstellungen stecken, die auf von der ökonomischen Klassik und Neoklassik entlehnten Annahmen über das Verhalten des Menschen in der Gesellschaft beruhen.

Die Geltung des für den Ökonomen fundamentalen Sachverhaltes, dass den unbegrenzten Bedürfnissen des Menschen nur begrenzte Mittel zu deren Befriedigung gegenüberstehen, lässt sich unschwer *mutatis mutandis* auf den gesamten Bereich des Daseins ausdehnen, samt Schlüssen auf die Determinanten menschlichen Verhaltens. Das stellt keinen Kniff dar, um das gesellschaftliche Geschehen analytisch in den Griff zu bekommen (wie Autoren des aktuellen ökonomischen Imperialismus ihren Ansatz verstehen), sondern legitime Konsequenz der engen, komplexen Verflechtung und Verquickung von wirtschaftlichen und nicht wirtschaftlichen Phänomenen, wie sie längst bekannt ist: Schon Durkheim hielt ökonomische Funktionen für unerklärbar, wenn man sie nicht als soziale Funktionen auffasse, M. Weber betonte, dass gesellschaftliche und staatliche Erscheinungen ökonomisch bedingt wie auch gleichzeitig ökonomisch relevant sind, Polanyis These von der Einbettung der Märkte in die Gesellschaft löste fruchtbare Forschungen aus.

Geht man nun von einer generellen Spannung zwischen Wünschen und Möglichkeiten aus, ist die Chance des Fortbestandes einer Gemeinschaft umso größer, je mehr Ressour-

cen ihr zur Verfügung stehen, je vollständiger diese genützt werden, je pfleglicher dies erfolgt, je besser die Zweckwidmung den kollektiven Wünschen entspricht und je gezielter das Gesamtprodukt an jene gelangt, die es am dringendsten wünschen. Es sind letztlich diese Sollvorstellungen, mit denen die Neoliberalen die von ihnen propagierten Maßnahmen begründen:

- Die Zeit des Kolonialismus mit seiner unverhüllt gewaltsamen Aneignung fremder Ressourcen mag vorbei sein, aber das Streben nach mehr Ressourcen ist immer noch zu beobachten, die Beispiele reichen von der deutschen Militärdoktrin, die den Zugang zu Märkten und Materialien sichern will, bis zur militärischen Demokratisierung von Diktaturen, die ihr Öl nicht an die US-Giganten verscherbeln, sollte die Macht der Gläubiger über den Schuldner nicht ausreichen, eine Liberalisierung und Strukturreform zu erzwingen. Es setzt sich jener militärisch-industrielle Komplex durch, vor dem wegen seines ungerechtfertigten Einflusses infolge eines „disastrous rise of misplaced power“ der scheidende US-Präsident Eisenhower gewarnt hat.
- Arbeitslosigkeit ist nicht deshalb ein Problem, weil sie Menschen ins Elend stürzt, sondern weil die Ressource Mensch nicht komplett ausgelastet ist. Daher wird der Arbeitslose zu irgendeiner Beschäftigung gezwungen, indem er anderenfalls dem Elend preisgegeben wird (übrigens samt Familie!).
- Was als Privatisierung propagiert wird, gemeinsam mit oder alternativ zu Eigenverantwortung, ist ein Bündel von Maßnahmen, die den Einzelnen zu einem strikten Kosten-Nutzen-Kalkül zwingen sollen und/oder ihn an der Externalisierung von Kosten und Internalisierung von Nutzen hindern. Die Verfügungsgewalt über Ressourcen, die Konsequenzen von Entscheidungen (Dispositionen) werden individualisiert.
- Privatisierung bedeutet gleichzeitig, durch Wettbewerb auf Märkten die Anbieter zu zwingen, sich an den Wünschen der Nachfrager zu orientieren, und da niemand nachfragen

Streben nach mehr Ressourcen noch immer vorhanden

Einzelner soll zu striktem Kosten-Nutzen-Kalkül gezwungen werden

kann, der nichts anzubieten hat oder hatte, entspricht letztendlich die Allokation den Vorstellungen der Gesamtheit.

- Diese Vorstellungen sind auch von der Dringlichkeit der Bedürfnisbefriedigung geprägt, deren Reflex der Preis ist und die Rationierungsfunktion des Marktes garantiert, dass jedes Gut an jene gelangt, die es am höchsten bewerten, während gleichzeitig das Zusammenspiel der Märkte garantiert, dass die Ressourcen in die wichtigsten, dringlichsten Verwendungen wandern.

Ziel des Neoliberalismus ist möglichst hohes BIP, aber weniger klar sind Aussagen über Verteilung

Das Ziel des Neoliberalismus ist ganz klar ein möglichst hohes BIP oder in dynamischer Sicht eine möglichst hohe Wachstumsrate des BIP. Weit weniger klar sind die Vorstellungen oder Aussagen über die Verteilung, denn auch das Dirigieren zum dringlichsten Bedürfnis maximiert das nominelle BIP, es entspringt keinem sozialpolitischen Engagement. Jedwede Umverteilung, wie sie die Soziale Marktwirtschaft grundsätzlich zulässt (weshalb ihr Hayek vorwarf, keine Marktwirtschaft zu sein), verursacht nämlich Kosten und stört folglich die BIP-Maximierung. Der Neoliberalismus bemüht sich nun um den Nachweis, dass den Bedürftigen, denen durch Umverteilung geholfen werden soll, weit besser und sicherer durch ein hohes BIP und Wachstum geholfen wird. Davon gibt es verschiedene Varianten, die vom verführerischen Bild, dass die Flut alle Boote anhebt, bis zur trügerischen Aufmunterung reichen, dass man umso chancenreicher der Schmied seines Glückes ist, je mehr Glücksmaterial vorhanden ist. Von den Schöpfern dieser Phrasen muss man auf der Suche nach den Nutznießern des Neoliberalismus ausgehen, denn sein Interesse kann nur der durchsetzen, der vorgibt, im Allgemeininteresse zu handeln (schon bei Marx nachzulesen).

Phrasen

3. Die Gewinner

Als Marx die These formulierte, dass die herrschenden Gedanken stets die Gedanken der herrschenden Klasse sind, begründete er dies damit, dass die Kontrolle über die Mittel zur

materiellen Produktion gleichzeitig die Kontrolle über die geistige Produktion vermittelt. Er ließ zwar in der hier angesprochenen Passage die Existenz mehrerer Klassen zu, aber es gibt nur eine herrschende und nur eine, die alle Lasten der Gesellschaft zu tragen hat, ohne ihre Vorteile zu genießen. Selbst wenn diese schroffe Polarisierung einen für die damaligen Zustände (und ihre Vorläufer!) brauchbaren analytischen Ansatz darstellt, trifft er die heutige Situation mit ihrer hochgradigen Komplexität und mehrdimensional differenzierten Interessenlage nicht.

Freilich wirken sich, und das durchschlagend, jene Fakten aus, die ein Zwei-Klassen-Modell nahe legen, nämlich die rechtliche Privilegierung von Besitz und Eigentum: So etwa wird, wer eine fremde Sache verarbeitet, dadurch nicht Eigentümer des Produktes (§ 414 ABGB), und wenn zwei Personen mit gleichem Titel ein Eigentum reklamieren, obsiegt der Besitzer (§ 347 ABGB) – die Kehrseite des aus der anglo-amerikanischen Armutsforschung bekannten Satzes „poverty breeds poverty“ ist eben „property breeds property“. Aber die Objekte, an denen man Eigentum erwerben und die man besitzen kann, haben sich in Richtungen vermehrt, die man früher nicht absehen konnte, mit der Folge neuer Interessenskonstellationen, wenn schon nicht neuer Klassen. Dazu kamen noch neue Institutionen und neue Verwendungen alter, mit der gleichen Folge.

Zwei-Klassen-Modell

Der Angelpunkt der neoliberalen Verherrlichung des freien Marktes ist die Freiwilligkeit des Tausches: Niemand ist gezwungen, ein bestimmtes Gut auf einem bestimmten Markt zu kaufen oder zu verkaufen, jeder kann sich die für ihn günstigste Alternative aussuchen, es gibt nur Gewinner, da keine Übermacht existiert, denn alle müssen anbieten, um nachfragen zu können. Der Haken dabei ist, dass diese formale Freiheit – wie M. Weber speziell von der Vertragsfreiheit gesagt hat – tatsächlich nur den Besitzenden zugänglich ist, weil diese ihre Güter auf dem Markt zur Erlangung von Macht über andere nützen können.

Freiwilligkeit des Tausches

Dieses rein realwirtschaftliche Denken muss wohl, sofern es überhaupt je die Wirklichkeit korrekt erfasste (man denke nur an den bäuerlichen Kleinbesitz, geradezu ein Muster an Machtlosigkeit), infolge des seither deutlich gestiegenen Wohlstandes in den Industrieländern und der Herausbildung neuer Finanzintermediäre samt Funktionswandel der Börse durch Überlegungen ergänzt werden, in denen das Geld nicht bloß ein Schleier ist, der über den Dingen liegt, durch Gedanken über Märkte angereichert werden, auf denen die bloße Verfügungsgewalt über Güter und Dienstleistungen als Quelle von Macht und damit Einkommen gehandelt wird. Zu dieser enorm ausgeweiteten Sphäre des Handelbaren haben auch alle Zugang, die sich den Aufschub von Konsum leisten können und Vermögen bilden, nicht nur jene mit Realkapital. Jedoch hängt die Chance, ein Einkommen oder/und eine Vermögensmehrung zu erzielen, deutlich von Know-how und Höhe des Einsatzes ab. Daher wurde der alte Unternehmertyp, der sein Realkapital aufs Spiel setzte und den ein Marx als Besitzenden mit dem besitzlosen Proletariat konfrontierte, von einem Mehr-Personen-Konstrukt abgelöst:

- Was M. Weber als kluge Verwendung von Güterbesitz auf dem Markt bezeichnet, wird an professionelle Manager delegiert, deren Macht ohne Eigentum bald analysiert wird. Sie disponieren über fremdes Kapital, aber ihr Einkommen hängt direkt oder indirekt, explizit oder implizit vom Geschäftserfolg ab.
- Ein Teil der Anlage suchenden Mittel wandert als Risikokapital (Venture Capital) in die Finanzierung innovativer Start-ups, die Beteiligung ist nicht langfristig konzipiert, sondern wird liquidiert, wenn sich der erhoffte Erfolg einstellt. Nach einer Daumenregel sind acht von zehn Engagements Flops, eines halbwegs rentabel und eines ein Riesenhit. Daher muss eine breite Streuung der Engagements möglich sein, jedes Risikokapital unter einheitlichem professionellem Management muss eine kritische Größe überschreiten, Kleinanleger können sich an darauf spezialisierten Fonds beteiligen.

- Ein weiterer Teil der Mittel sucht Gewinne im Anbieten von Hedging, entgeltlicher Übernahme von Währungs- oder Wechselkursrisiken. Da es darum geht, gegenläufige Absicherungen auszupendeln, sind auch hier kritische Größe und professionelles Management unabdingbare Voraussetzung.
- Was sonst noch nach Veranlagung strebt, drängt auf die Börse (von Spareinlagen und Bankkrediten können wir als Durchläuferposten absehen). Dort haben sich längst professionell gemanagte Fonds etabliert, da die Sammlung und Verarbeitung von Information ganz entscheidend ist und diesbezüglich Skalenerträge zu erzielen sind, wenn man nur groß genug ist. Der kleine Anleger, den die frühere Regulierung von der Börse ferngehalten hat, wird jetzt hofiert. Gleichzeitig geraten allerdings die Manager börsennotierter Unternehmungen unter Druck, ihre Verfügungsgewalt über Ressourcen behalten sie nur so lange sie akzeptable Renditen erzielen.
- Ein scharfsinniger Beobachter der Krise, in die leider die gerade erst eingeführte Demokratie der Weimarer Republik geriet, meinte pointiert, es sei eben unmöglich, einen Zustand aufrechtzuerhalten, in dem die Vielen die Stimme haben und die Wenigen das Geld. Das gilt heute wie damals und der Neoliberalismus sucht die Problemlösung darin, die Kontrolle über die Ressourcen und deren Zweckwidmung den Marktmechanismen zu überlassen, wo eben nicht nach Köpfen, sondern nach Zahlungsfähigkeit abgestimmt wird.
- Der moderne Staat hat aus sozialpolitischen Gründen die direkte Befriedigung von diversen Grundbedürfnissen übernommen und setzt Ressourcen für Zwecke ein, die grob als Ver- und Entsorgung bezeichnet werden können. Dadurch werden den mit einer abnehmenden Grenzergiebigkeit von Investitionen konfrontierten Anlegern potenzielle Märkte vorenthalten, die infolge der unelastischen Nachfrage hoch rentabel sein können. Privatisiert wird nicht, um auf eine Ressource zugreifen zu können, sondern um einen sicheren Gewinn erzielen zu können, um eine nicht genützte

Neoliberalismus versucht Kontrolle über Ressourcen und deren Zweckwidmung dem Markt zu überlassen

privatisiert wird, um nicht genützte Profitchancen zu aktivieren

Profitchance zu aktivieren (die freilich an eine bestimmte Ressource wie z. B. Trinkwasser gebunden sein kann).

*Nutznießler des
Neoliberalismus*

Aus dieser Aufzählung, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, ist zu schließen, dass die Nutznießer des Neoliberalismus und daher seine Verfechter nicht eine bestimmte, klar abgegrenzte Klasse sind, Personen mit einer einheitlichen Stellung im gesellschaftlichen Produktionsprozess und folglich einheitlicher Interessenlage: Neben dem Reichen (oder Superreichen), der seinen Geschäften in einer bestimmten Sparte nachgeht, finden wir den Spekulanten, der sein Vermögen (Portfolio) dauernd umschichtet, neben dem Topmanager, der Optionen, aber keine Anteile besitzt, und jenem, der massiv beteiligt ist (etwa nach einem Management-Buy-out), den kleinen Anleger, der von Management keine Ahnung hat, neben dem Beteiligten an einem Fonds den Eigentümer von Bluechips – sie alle können durch eine neoliberale Politik gewinnen und sind deshalb dafür, aber nicht alle werden gewinnen, wenngleich sie insgesamt gewinnen werden, weil die anderen chancenlos sind, und das schafft die Möglichkeiten einer internen Kompensation (die hinter einem Anspruch auf Wettbewerbsfähigkeit versteckt wird).

*inhomogene
Interessenlage
schafft
Ambivalenz*

Es dürfte auch nicht angebracht sein, von einer hegemonalen Elite im Sinne Gramscis auszugehen, denn auch dazu ist die Zusammensetzung und somit Interessenlage zu inhomogen, was unangenehme Ambivalenzen schafft. So etwa können die soeben erwähnten Kompensationen nur über die Einnahmen und Ausgaben des Staates laufen, der also nicht so ohne weiteres zurückgestutzt werden kann. Es müssen ihm genug Mittel bleiben, um jene Leistungen zu erbringen, an denen nichts verdient werden kann, oder um jene Stimmen zu kaufen, die den neoliberalen Konsens zerstören könnten. Multis kommen auch ohne Industrieparks, subventionierte Agrarprodukte und wirksame Kriminalitäts- und Korruptionsbekämpfung zurecht.

Es dürfte das vorliegen, was neuerdings als „epistemische Gemeinschaft“ bezeichnet wird, ein Kreis von Personen mit gleicher Sicht der Dinge, gleichen Glaubenssätzen und Wertskalen, gleichem Anspruch auf Fachkompetenz und Problemlösungskapazität. Diese Mischung befähigt sie bei aller Heterogenität der sozialen Positionen und Funktionen eine gemeinsame konzeptionelle Linie zu finden und überzeugend zu vertreten. Die Gemeinschaft maximiert einfach ihre durchschnittliche Chance, in der propagierten Ordnung zu den Gewinnern zu gehören, indem sie die Chance der anderen minimiert, zu den potenziellen Gewinnern aufzusteigen. Allerdings ist der Personenkreis größer und heterogener, als den Schöpfern des Begriffes vorschwebte.

*„epistemische
Gemeinschaft“*

Vor allem ist jedoch zu beachten, dass die Nutznießer eines Konzeptes zwar die Werbetrommel für seine Verwirklichung rühren, aber sich damit nicht unbedingt durchsetzen, viel weniger selbst die Verwirklichung durchführen. Vielmehr müssen sie diejenigen überzeugen, die an den Schalthebeln der politischen Macht sitzen, dass ihnen die Entpolitisierung der Politik – Märkte sind nun einmal unpolitisch – mehr Vorteile als Nachteile bringt. Sie sind die mittelbaren immateriellen Nutznießer, die ein bisschen Macht einbüßen und viel Verantwortung loswerden.

*Politiker sind die
mittelbaren
immateriellen
Nutznießer*

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Weingartshofstr. 10, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73-33 21
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@ak-ooe.at
Internet: www.isw-linz.at